

**Öffentliche Sitzung Nr. 11/2015-19 des Beirates OBERNEULAND  
am Donnerstag, den 9. November 2016 – 19:15 Uhr  
Gemeindehaus Ev. Kirche Oberneuland  
Hohenskampweg 6, 28355 Bremen**

Beginn der Sitzung: 19:15 Uhr

Ende der Sitzung: 21:30

TeilnehmerInnen: Herr Auffarth, Herr Entholt, Herr Fliegner, Herr Kahl, Herr Kocas, Frau Kreyenhop, Herr Lotz, Frau Pepe, Herr Richter, Herr Schmiedeken, Frau Wedemeyer

(siehe auch Anwesenheitsliste)

Abwesende: Herr Kott, Herr Wanke

Sitzungsleiter: OAL Jens Knudtsen

Protokollführerin: Frau Cau

Vorgesehene Tagesordnung:

1. Genehmigung der vorgeschlagenen Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Beiratssitzung
3. Nachlese zur vorgeschalteten Einwohnerversammlung zum Bebauungsplanentwurf 2491 Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße (zum Teil einschließlich) und Eisenbahnstrecke Bremen-Buchholz
4. Breitband-/Internet-Versorgung im Stadtteil
5. Hauptamtlicher Ortsamtsleiter für das Ortsamt Oberneuland
6. Sachstand Flüchtlingsunterkunft Vinnenweg
7. Polizeistrukturereform – mögliche Auswirkungen auf den Bereich Nordost
8. Vergabe von Globalmitteln
9. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
10. Anträge aus dem Beirat
11. Mitteilungen des Ortsamtes
12. Verschiedenes

### **TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

### **TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Beiratssitzung vom 28.09.2016**

Das Protokoll wird ohne Änderungen / Ergänzungen genehmigt.

### **TOP 3 Nachlese zur vorgeschalteten Einwohnerversammlung zum Bebauungsplanentwurf 2491 Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße (zum Teil einschließlich) und Eisenbahnstrecke Bremen-Buchholz**

Keine weiteren Wortmeldungen  
(zuvor fand die Einwohnerversammlung zum Bebauungsentwurf 2941 statt)

### **TOP 4 Breitband-/Internet-Versorgung im Stadtteil**

Herr Brockmann (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen) erklärt anhand einer Präsentation den Breitbandausbau im Land Bremen.

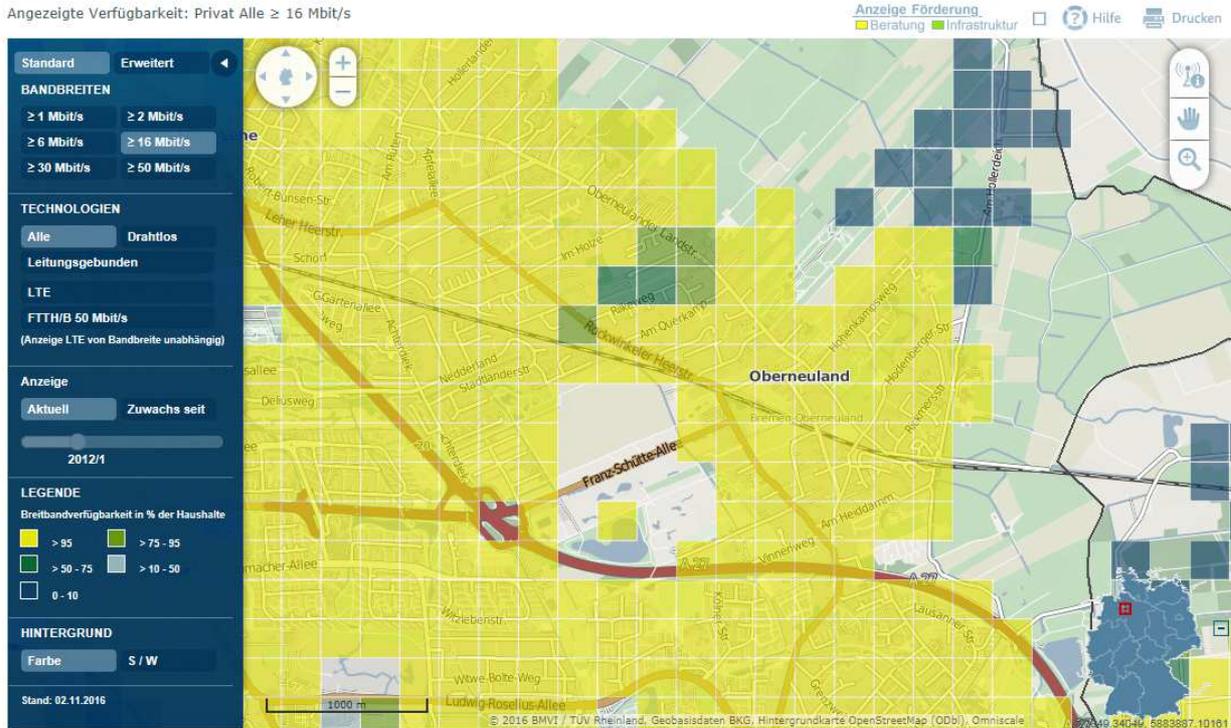
Bremen ist relativ gut versorgt. Über 90% aller Haushalte können mit einer 16 Mbit/s-Leitung ausgestattet werden. Zwischen 75-95 % aller Haushalte haben die Möglichkeit mit V-DSL (bis zu 50 Mbit/s-Leitung) versorgt zu werden. Bis 2017 soll das VDSL2-Vectoring (bis zu 100 Mbit/s-Leitung) in Bremen ausgebaut werden und somit weitgehend flächendeckend verfügbar sein.

Anhand der nachfolgenden Grafiken wird die Versorgungslage in Oberneuland erläutert:

16 Mbit/s:

28355 (Bremen (Plz)) Finden (Bundesland, PLZ, Gemeinde, Kreis, Ortsnetz)

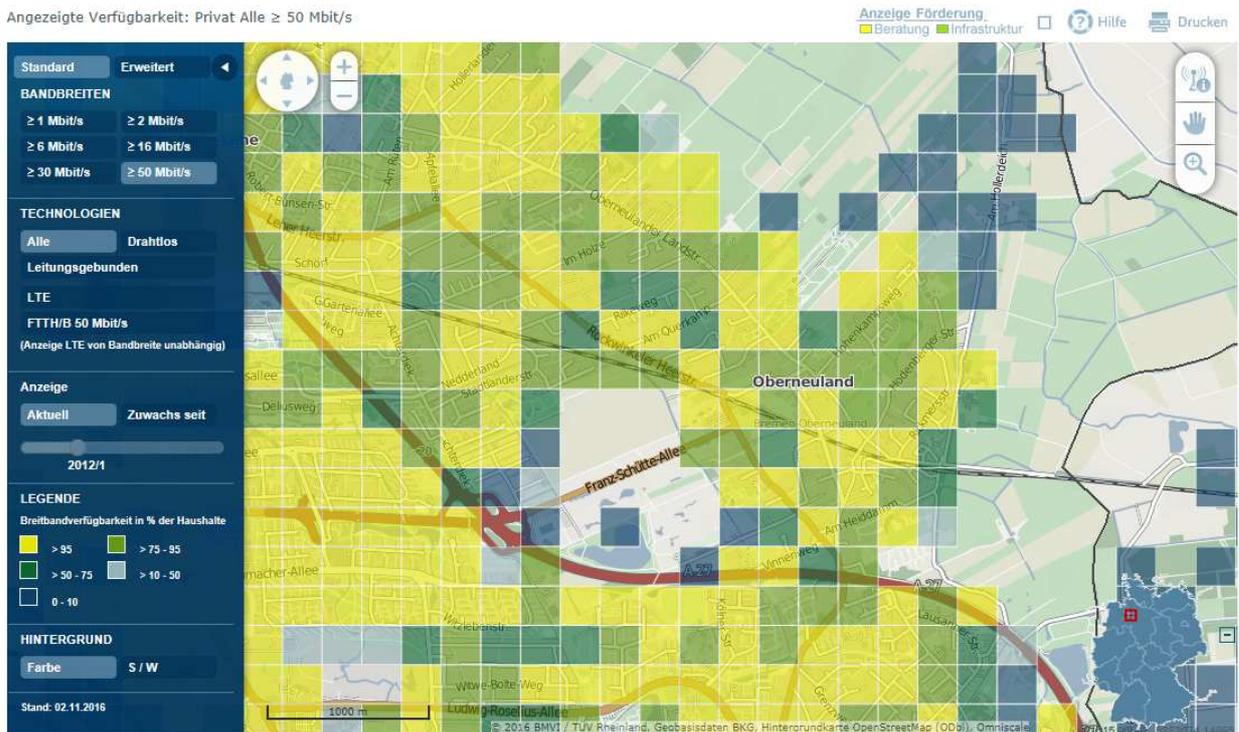
Angezeigte Verfügbarkeit: Privat Alle  $\geq 16$  Mbit/s



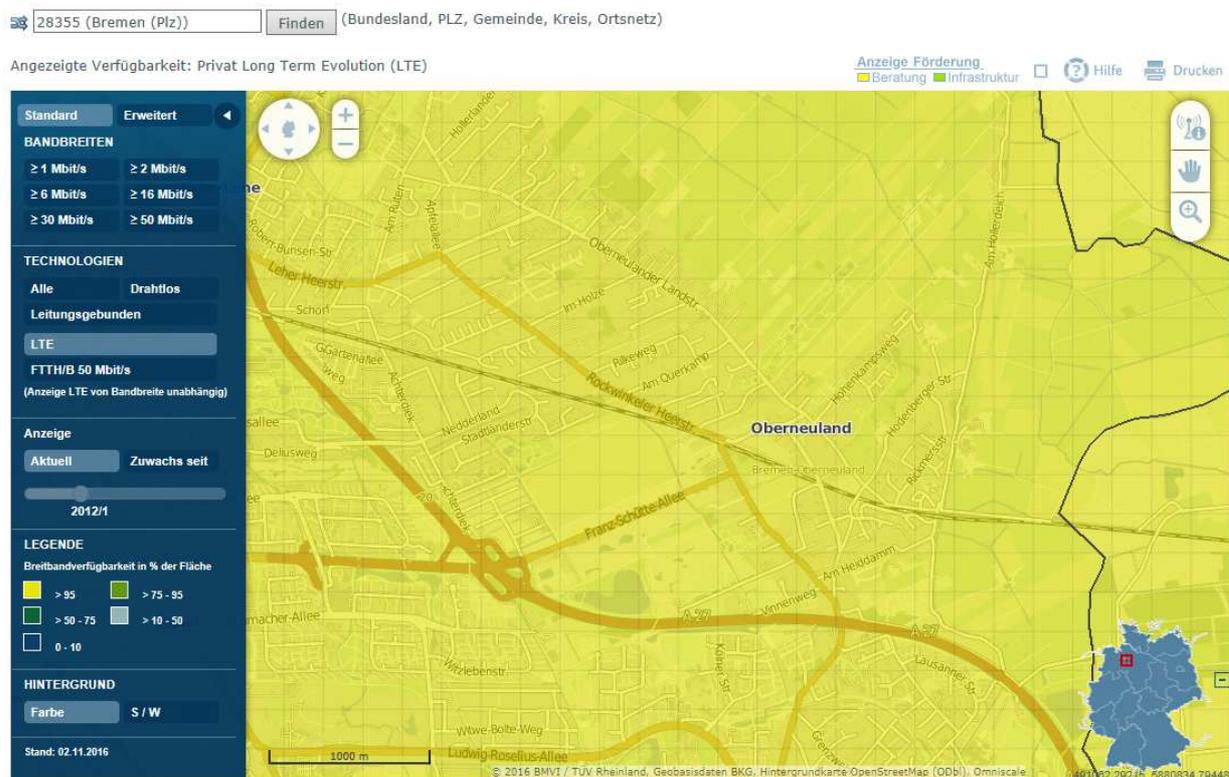
bis zu 50 Mbit/s:

28355 (Bremen (Plz)) Finden (Bundesland, PLZ, Gemeinde, Kreis, Ortsnetz)

Angezeigte Verfügbarkeit: Privat Alle  $\geq 50$  Mbit/s



## LTE:



Weitere Informationen kann man unter [www.zukunft-breitband.de](http://www.zukunft-breitband.de) erhalten.

Die senatorische Behörde wird eine Homepage erstellen, auf die die Bürger und Bürgerinnen Informationen zu Internetprovider erhalten können, die DSL/ V-DSL /Vectoring anbieten.

## TOP 5 Hauptamtlicher Ortsamtsleiter für das Ortsamt Oberneuland

Zu diesem Top wird der für Beiräte und Ortsämter bei der Senatskanzlei zuständige Referatsleiter, Herr Klaus Krancke, begrüßt.

Der Beirat Oberneuland hat in seiner Sitzung am 25.08.2016 einstimmig einen hauptamtlichen Ortsamtsleiter für das Ortsamt Oberneuland gefordert. Dieser Beschluss wurde der Senatskanzlei zur Kenntnis gebracht. Eine schriftliche Antwort zu dieser Beiratsforderung steht aus.

Herr Krancke teilt mit, dass sein Referat aufgrund der Entwicklung im Stadtteil und den damit verbundenen Aufgabenstellungen für den Beirat und das Ortsamt aus fachlicher Sicht einen grundsätzlichen Bedarf für einen hauptamtlichen Ortsamtsleiter anerkenne. Dies gilt im Übrigen für alle Beiratsgebiete, ist aber zur Zeit nicht darzustellen. Derzeit kann die Senatskanzlei keine Umsetzung der Beiratsforderung in Aussicht stellen, schließt sie aber für die Zukunft nicht aus. Eine Berücksichtigung im Haushalt, eine Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter und die dafür nötige politische Beschlusslage wären erforderlich. Auch die Prüfung einer Zusammenlegung von Ortsamtsbereichen wäre eine Option.

Herr Fliegner weist darauf hin dass sich seit Schaffung des Ortsgesetzes im Jahr 1951 die Situation im Stadtteil grundlegend geändert habe. Die ursprünglich dörflichen Strukturen aus dieser Zeit haben sich im Laufe der Jahre weitgehend aufgelöst. Die Entwicklung Oberneulands von einem Ortsteil hin zu einem Stadtteil verbunden mit einer stetig anwachsenden Bevölkerung wurde durch Änderung des Beiratsgesetzes im Jahr richtigerweise 2013 Rechnung getragen. Schon vor diesem Hintergrund habe der Stadtteil Oberneuland Anspruch auf einen hauptamtlichen Ortsamtsleiter. Ein weiteres Festhalten an einem ehrenamtlichen Ortsamtsleiter ist nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer längst überfälligen Korrektur.

Im Verlauf der Diskussion wird von Mitgliedern des Beirats nachgefragt, welchen zeitlichen Aufwand die Senatskanzlei für die Aufgabenerledigung durch einen ehrenamtlichen Ortsamtsleiter veranschlage und wie die Senatskanzlei als Aufsichtsbehörde für die Ortsämter die Beanspruchung des ehrenamtlichen Ortsamtsleiters im Ortsamt Oberneuland im Vergleich zu den Ortsamtsleitungen in anderen Ortsamtsbereichen bewerte. Dazu teilt Herr Krancke mit, dass sich die Aufgaben prinzipiell nicht wesentlich unterscheiden. Die Frage des zeitlichen Aufwands könne er nicht beantworten. Die Aufgaben werden gegenwärtig im Ehrenamt wahrgenommen, d.h. die Aufsichtsbehörde könne nicht den Umfang der zeitlichen Beanspruchung und des erwarteten Engagements eines ehrenamtlichen Ortsamtsleiters im Stadtteil vorgeben. Dies sei ebenso unnötig wie unangebracht aufgrund des bekannten hohen freiwilligen Engagements der ehrenamtlichen Ortsamtsleiter in Bremen.

Herr Krancke wird fraktionsübergreifend darauf hingewiesen, dass die sogenannten bürgerlichen Stadtteile, zu denen Oberneuland gehört, zunehmend bei der Verteilung der Ressourcen benachteiligt werden, mit der Folge, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesen Stadtteilen immer weniger Verständnis für die Bevorzugung von Stadtteilen mit einem niedrigen Sozialindikator aufbringen. Es müssen Mindestanforderungen für Stadtteile mit einem positiven Sozialindikator festgelegt werden, denn auch die Oberneulanderinnen und Oberneulander haben, z.B. einen Anspruch auf Versorgung ihrer Kinder im KTH-Bereich oder in einer Ganztagschule, genau wie die Eltern in Gröpelingen oder Osterholz. Das Vorenthalten eines hauptamtlichen Ortsamtsleiters wäre ein weiteres negatives Signal der Ungleichbehandlung von Stadtteilen und deren Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Krancke wird gebeten, der Hausspitze das dargestellte Stimmungsbild über die Entwicklung in Oberneuland zu übermitteln (dazu Rückmeldung Krancke 16.11.: Dies ist am Tag nach der Beiratssitzung erfolgt). Der Beirat behält sich vor, direkten Kontakt zum Bürgermeister herzustellen, am besten über die SPD-Fraktion im Beirat.

Sofern die Senatskanzlei weiter daran festhält, die aus Sicht des Beirats geforderte Änderung des Beiratsgesetzes als Voraussetzung für einen hauptamtlichen Ortsamtsleiter weiter hinausschieben zu wollen, besteht die Möglichkeit, aus Reihen des Parlaments eine Gesetzesinitiative einzuleiten.

## **TOP 6 Sachstand Flüchtlingsunterkunft Vinnenweg**

OAL Knudtsen teilt mit, dass im März 2017 die Container bezogen werden können. Es hat sich an der Anzahl der Anwohner nichts geändert. Es werden Familien mit insgesamt 120 Personen erwartet.

Vor Bezug der Container soll eine Besichtigung der Containeranlage erfolgen.

## **TOP 7 Polizeistrukturreform – mögliche Auswirkungen auf den Bereich Nordost**

Am 2. November 2016 haben die Ortsämter Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland eine Pressekonferenz zur Zentralisierung der Polizeiarbeit und zu den möglichen Folgen durchgeführt.

Im Nordostbereich bildet Horn-Lehe zusammen mit Borgfeld und Oberneuland das zweit größte Stadtteil/Ortsteil. Es ist zwingend notwendig, dass die Polizeistellen vor Ort besetzt sind und die Polizei Präsenz zeigt.

Hierzu hat der Beirat Oberneuland einen gemeinsamen Antrag gestellt:

*„Die Regierungskoalition hat als Ziel für die Wahlperiode 2015-2019 zum Thema „Bürgernahe Polizeiarbeit“ beschlossen, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven sicher sind und sich sicher fühlen. Die Regierungskoalition hat weiter beschlossen, dass die gute und bürgernahe Schutzpolizeiarbeit in Bremen auf 3 Säulen ruht. Sowohl bei den Zentralen Einsatzdiensten als auch in den Polizeirevieren an den Orten und zu den Zeiten, wo sie von Bürgerinnen und Bürgern gebraucht werden, sind Polizeibeamtinnen und -beamte sichtbar und ansprechbar. Dieses gilt umso mehr für die dritte Säule: unsere Kontaktpolizisten, die KOP´s, die wertvolle Arbeit leisten.“*

(so nachzulesen im Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2015-2019)

Bereits nach gut einem Jahr Koalitionsarbeit sind diese Ziele Makulatur. Die wichtige Dritte Säule „Unsere Kontaktpolizisten, unsere KOP´s“ wurden zu Lasten der angestrebten bürgernahen Polizeiarbeit erheblich reduziert, in einem weiteren Schritt wird gegenwärtig über eine Zentralisierung der Polizeiarbeit und einer damit verbundenen Reduzierung von Revierstandorten nachgedacht. Die zweite wichtige Säule einer bürgernahen Polizeiarbeit „Polizeireviere an den Orten und zu Zeiten, wo die Polizei von Bürgerinnen und Bürgern gebraucht werden“ soll offenbar nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand innerhalb der Polizei Bremen ebenfalls gekappt werden.

### **Beschluss:**

Als kommunalpolitisches Vertretungsorgan der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Oberneuland wird der Beirat Oberneuland die sich abzeichnende Fehlentwicklung nicht hinnehmen. Im Schulterschluss mit den Beiräten Horn-Lehe und Borgfeld fordert der Beirat Oberneuland, dass der Bremer Nordosten bei allen Überlegungen zu einer Polizeistrukturreform nicht das Nachsehen haben darf. Das erst im Jahr 2013 bezogene Revier gehört aufgrund seiner baulichen Voraussetzungen, z.B. der gesicherten Garage sowie der Möglichkeit zur Video-Überwachung zu den modernsten in Bremen. Es ist zudem das in der Fläche als auch von der zu betreuenden Einwohnerzahl her das zweitgrößte Revier in Bremen.

Der Beirat Oberneuland erwartet vom Senator für Inneres als dem für den Bereich Polizei fachlich zuständige Senator, diese Kriterien als Maßstab für weitere Planungsüberlegungen anzusetzen und das Horner Polizeirevier zu einem Schwerpunktrevier umzugestalten.“

### **TOP 8 Vergabe von Globalmittel**

Antragsteller / Empfänger	Zuwendungs-/Zuweisungszweck	Gesamtvolumen	davon als Zuschuss beantragt	bewilligter Zuschuss (nicht bewilligt = 0,00)	bewilligter Zuschuss Jugend-Beirat
Gaby Nickel	Lebendiger Adventskalender	90,40 €	90,40 €		
FF Oberneuland	2 Stiefelwaschanlange	1.729,52 €	1.474,98 €		
Förderkreis Overnigelant e.V.	Bänke Heineken Park	6.986,30 €	5.000,00 €		
Bürgerinitiative Jugendzentrum // Jugendbeirat	Spielzeug für geflüchtete Kinder Vinnenweg	145,93 €			145,93 €
Bürgerinitiative Jugendzentrum // Jugendbeirat	Computer für Jugendzentrum	859,99 €			500,00 €
Bürgerinitiative Jugendzentrum // Jugendbeirat	Material für Pfadfinder d. ev. Kirchengemeinde	500,00 €			500,00 €

#### Jugendbeirat:

- Antrag der Bürgerinitiative Jugendzentrum Oberneuland „Spielzeuge für geflüchtete Kinder Vinnenweg“  
Der Jugendbeirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 145,93 €
- Antrag der Bürgerinitiative Jugendzentrum Oberneuland „Computer für Jugendzentrum“  
Der Jugendbeirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 500,00 €
- Antrag der Bürgerinitiative Jugendzentrum Oberneuland „Material für Pfadfinder der evangelischen Kirchengemeinde Oberneuland“  
Der Jugendbeirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 500,00 €

#### Beirat:

- Antrag Gaby Nickel für „Lebendiger Adventskalender“  
Der Beirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 90,40 €  
Abstimmungsergebnis: **einstimmig**
- Antrag Freiwillige Feuerwehr Oberneuland für „zwei Stiefelwaschanlagen“  
Der Beirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 1474,98 €  
Abstimmungsergebnis: **einstimmig**
- Antrag Förderkreis Overnigelant für „Bänke Heineken Park“  
Der Beirat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 5000,00 €  
Hinzukommt, dass der Jugendbeirat seine restlich vorhandene Zuwendung in Höhe von 941,80 € für das Projekt Heineken Park vergeben möchte. Somit

wird dem Förderkreis Overnigelant eine Zuwendungssumme in Höhe von 5941,80 € bewilligt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

### **TOP 9 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

- Bürger 1 (Herr Mayer) bittet den Beirat darum, sich für Präventionsangebote im Stadtteil einzusetzen. In letzter Zeit haben sich mehrere Raubdelikte bei Senioren ereignet.
- Bürger 1 bemängelt die Regelung für den Fahrradverkehr im Bereich der Tunnel-Kreuzung.
- Bürgerin 2 (Frau Kolschen) bedankt sich dafür, dass die Pfeiler im Mühlenweg schnell installiert wurden.
- Bürgerin 2 möchte wissen, ob nun eine Beleuchtung an der BSAG-Haltestelle "Ikensdamm" installiert wird (in der letzten Sitzung geschildert, dass Gäste gerade zur dunklen Winterzeit von Busfahrer nicht wahrgenommen werden und dieser somit durchfährt). Dazu gibt es noch keinen neuen Sachstand.
- Bürgerin 2 weist daraufhin, dass Protokolle der letzten Sitzungen fehlen sollen. Die letzte Eintragung sei von Mai. Dies wird geprüft.

### **TOP 10 Anträge aus dem Beirat**

Antrag 1:

Auf Initiative der drei Beiräte Blumenthal, Vegesack und Burglesum wurde die nachfolgende Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vorgeschlagen:

*In § 7 Abs. 2 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter wird an den Schluss des gegenwärtigen*

*Textes der folgende Satz angefügt:*

***„Im Falle der Nummer 2 sind die zuständigen Stellen verpflichtet, in Absprache mit dem Beirat/Ortsamt, eine/n Vertreter/in die Sitzung des Beirates zu entsenden. „***

### **Begründung**

Es ist immer wieder festzustellen, dass die zuständigen Stellen nicht bereit sind, Mitarbeiter/innen in Sitzungen von Beiräten zu entsenden, oder sie sagen kurzfristig

ab.

Dies ist eine Missachtung des mittelbaren Bürgerwillens, vertreten durch die Beiräte, und entspricht auch nicht dem modernen Umgang von Politik und öffentlicher Verwaltung mit Bürger/-innen und ihren Vertretungen im Sinne von Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit.

Der Beirat Oberneuland schließt sich dem aus Bremen-Nord eingebrachten Antrag an.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

Antrag 2:

Auf Initiative der drei Beiräte Blumenthal, Vegesack und Burglesum wurde die nachfolgende Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vorgeschlagen:

In § 5 Abs. 2 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter wird an den Schluss des gegenwärtigen

Textes der folgende Satz angefügt:

***„Die zuständigen Stellen haben nach Eingang des Beiratsbeschlusses innerhalb von drei Werktagen dem jeweiligen Beirat eine Eingangsbestätigung über den zuständigen Ortsamtsleiter/die zuständige Ortsamtsleiterin zuzusenden. Innerhalb einer Sechs-Wochen-Frist hat sich die zuständige Stelle in der Sache gegenüber dem Beirat zu äußern und ggf. einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten.“***

### **Begründung**

Es ist immer wieder festzustellen, dass mit Beschlüssen der Bremer Beiräte von den zuständigen Stellen zögerlich umgegangen wird, so auch in Bremen-Nord. Häufig wird von diesen Stellen erst nach erfolgter Mahnung reagiert, manchmal erfolgt auch nach mehrmaligem Mahnen keine Reaktion.

Dies ist eine Missachtung des mittelbaren Bürgerwillens, vertreten durch die Beiräte, und entspricht auch nicht dem modernen Umgang von Politik und öffentlicher Verwaltung mit Bürger/-innen und ihren Vertretungen im Sinne von Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit.

Der Beirat Oberneuland schließt sich dem aus Bremen-Nord eingebrachten Antrag an.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

### **TOP 11 Mitteilungen des Ortsamtes**

OAL Knudtsen teilt mit, dass es keinen Nachrücker für den ausgeschiedenen Beiratsmitglied Christian Kott (ehemals gewähltes AfD-Mitglied) gibt. Somit bleibt sein Platz unbesetzt und die Anzahl der Beiratsmitglieder von 13 reduziert sich bis zum Ende der Wahlperiode auf 12 Mitglieder.

### **TOP 12 Verschiedenes**

Frau Kreyenhop weist darauf hin, dass heute Mittag eine Demo für die Ganztagschule stattgefunden hat. Ca. 400 Schüler und Kindergartenkinder sowie Eltern haben sich auf dem Pausenhof der Grundschule versammelt, um ein Zeichen gegen die Entscheidung der Regierungsfractionen zu setzen, mittelfristig keine Ganztagschule in Oberneuland einrichten.

Sitzungsleitung  
Jens Knudtsen

Protokollführerin:  
Angela Cau

Beiratssprecherin:  
Tamina Kreyenhop